

<https://www.sueddeutsche.de/politik/schweiz-eu-bruessel-sonderweg-rezension-1.5724678>

Schweiz und Europa

Die große Souveränitätslüge

Die Schweiz ist ein Teil Europas und doch der ewige Sonderfall. Seit Mai 2021 liegen die Beziehungen zur EU in Trümmern. Mehrere Bücher suchen nun einen Ausweg aus der Sackgasse. Fest steht: Ohne Schmerzen wird es nicht gehen.

Von Isabel Pfaff

Der 6. Dezember 1992 war für die Schweiz ein Schicksalstag. An diesem grauen Wintersonntag verstanden die Eidgenossen nicht nur, dass mit Christoph Blocher ein neuer, mächtiger Akteur die schweizerische Politikbühne betreten hatte. Sie schlugen mit der Volksabstimmung an jenem Tag auch eine Tür zu, die sich bis heute nur schwer wieder öffnen lässt.

Mit einer hauchdünnen Mehrheit von 50,3 Prozent sagten die Schweizerinnen und Schweizer damals Nein zu einem Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), der sich erst ein gutes Jahr zuvor gegründet hatte. Blocher, der damals 52-jährige Milliardär, Unternehmer und noch neue Strategie der rechtspopulistischen SVP, hatte den EWR-Beitritt in einer Art Ein-Mann-Show aufs Heftigste bekämpft, von einem "Kolonialvertrag" gesprochen, der das Ende der freien, souveränen Schweiz bedeuten würde. Sein Abstimmungssieg gab den Anstoß für eine schweizerische Europapolitik, die über einige Jahrzehnte ziemlich erfolgreich war: den sogenannten bilateralen Weg. Er ermöglicht, dass die Schweiz - über ein dichtes Geflecht von mittlerweile etwa 120 Verträgen - in vielen Bereichen am EU-Binnenmarkt teilnehmen kann.

Es herrscht Eiszeit zwischen Bern und Brüssel

Heute, fast genau 30 Jahre später, ist dieser Weg blockiert. Im Mai 2021 brach Bern einseitig die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen ab, das den Beziehungen zur EU ein institutionelles Dach und damit mehr Verlässlichkeit geben sollte. Der Vertragsentwurf widerspreche "wesentlichen Interessen" der Schweiz. Seither herrscht Eiszeit zwischen Bern und Brüssel. Alte Verträge werden nicht mehr aktualisiert, neue nicht unterschrieben. Wenn nicht bald etwas passiert, erodieren die eigentlich engen Beziehungen zwischen der Schweiz und ihrer europäischen Nachbarschaft. In gewisser Weise steht das Land in diesem Moment wieder da, wo es 1992 stand. Und fragt sich so intensiv wie lange nicht: Wie weiter mit Europa?

"Es ist kompliziert"

Mehrere Bücher und Analysen, pünktlich herausgekommen zum 30. Jahrestag der EWR-Abstimmung, belegen die neue, fast fiebrige Suche der Schweiz nach Antworten. Alle eint der Ausgangspunkt, der im Grunde eine Sackgasse ist: Die

Schweiz würde gern weitermachen wie bisher, aber die EU - verhärtet nach den zermürbenden Brexit-Verhandlungen, neu gestärkt und geeint durch den Krieg in der Ukraine - weigert sich. Die Zeit der maßgeschneiderten Lösungen für Drittstaaten ist in den Augen Brüssels vorbei. Es muss also Veränderungen geben. Nur welche?

Den Boden für die Beantwortung dieser Frage bereitet der Sammelband "Schweiz - EU: Sonderwege, Holzwege, Königswege" (NZZ Libro). Er verzichtet auf eine klare These zur Europapolitik der Zukunft und beschreibt dafür in zwölf Kapiteln die Beziehungen zwischen Bern und Brüssel, sortiert nach Politikbereichen. Die Beiträge machen deutlich, auf wie vielen verschiedenen Gebieten die Schweiz bereits mit der EU kooperiert oder Verträge abgeschlossen hat. Banken, Umweltpolitik, Landwirtschaft, Verkehrspolitik, Forschung, Strom, Schengen: Kaum ein Lebensbereich der Schweizerinnen und Schweizer bleibt von Europa unberührt. Auch dass die Aushandlungsprozesse dieser Abkommen meist nicht einfach waren und sind, zeigen die Kapitel. Und obwohl das eine fast banale Feststellung ist: Es ist erhellend zu sehen, wie viele Entscheidungsebenen auf beiden Seiten involviert sind, wie zahlreich die Akteure insbesondere auf Schweizer Seite und wie veränderlich ihre europapolitischen Positionen sind. "Es ist kompliziert", schreiben die Herausgebenden etwas konsterniert am Ende, und: "Die Suche nach einem neuen Weg steht also wieder ganz am Anfang."

Zwei weitere Bücher wollen diese Suche nun entscheidend voranbringen. In "Schweiz und Europa. Eine politische Analyse" (Herder) nehmen der Schweizer Politiker Nicola Forster und der baden-württembergische Europaparlamentarier Andreas Schwab auch eine Bestandsaufnahme vor - jedoch deutlich analytischer und deshalb gewinnbringender als der Sammelband. Die Autoren nehmen sich Zeit für einen historischen Rückblick, mit dem sie etwa schlüssig erklären, warum eine neutrale Haltung für die so heterogene Schweiz lange sinnvoll war. Auch dass der Schweizer Gründungsmythos rund um Wilhelm Tell und dessen Kampf gegen "fremde Vögte" bis heute so wirkmächtig ist, erklären Forster und Schwab überzeugend mit der Geschichte eines Landes, das im Zeitalter der Nationalstaaten dringend ein verbindendes Narrativ brauchte.

Doch das Verständnis für die politische Kultur der Schweizer hindert die Autoren nicht daran, Tacheles zu reden - insbesondere in Sachen Souveränität. "Die Selbstlüge einer totalen Unabhängigkeit und Selbstbestimmung ist heute nicht mehr zukunftsfähig", schreiben Forster und Schwab. Es brauche eine vernetzte Schweiz, keine abgeschottete, sonst seien ihr Wohlstand und auch ihre Sicherheit nicht zu halten. "Nostalgie und Souveränitätskitsch schaden ihren Interessen, je länger, desto stärker." Mit ihren gleichzeitig fundierten und schonungslosen Thesen heben sich die Autoren wohltuend ab von den oft

seltsam vernebelten Debatten in der Schweiz selbst.

"Führungsvakuum" im Bundeshaus

Erhellend auch, wie das Autoren-Duo die "eigentümliche Schweizer Regierung" beschreibt: Diese ist aus nachvollziehbaren Gründen auf Interessenausgleich getrimmt, doch damit gehe eben auch ein Mangel an Leadership einher. Dieses "systemimmanente Führungsvakuum", so Schwab und Forster, verursache gerade in den großen politischen Dossiers wie der Europafrage Probleme - und so kommt es zu jenem "Durchwursteln", das die Verhandlungspartner in Brüssel zur Weißglut treibt.

Die Autoren wollen aber nicht nur die Gegenwart analysieren, sondern auch Optionen für die Zukunft aufzeigen. Das wiederum gelingt ihnen nur bedingt. Sie schreiben zwar von einem "Swiss Deal", den es geben könnte, eine Art neuer bilateraler Anlauf. Eine zweite Möglichkeit sehen sie, 30 Jahre nach dem ersten Versuch, in einem EWR-Beitritt. Doch bei der Frage, wie und warum eine der beiden Optionen gelingen könnte, bleiben die Autoren vage.

Sehr viel entschiedener ist da der Ansatz, den der Schweizer Journalist Martin Gollmer wählt. Gollmer hat in den Neunzigern als Tages-Anzeiger-Korrespondent in Brüssel gearbeitet - also genau zu jener Zeit, als die Schweiz drauf und dran war, sich institutionell stärker an die EU zu binden und sogar ein Beitrittsgebet einreichte (das sie 2016 wieder zurückzog). In seinem Buch "Plädoyer für die EU. Warum es sie braucht und die Schweiz ihr Beitreten sollte" (NZZ Libro) wirbt er dafür, die alten Vorbehalte abzulegen. "Die Schweiz würde an Souveränität gewinnen, wenn sie - statt den bilateralen Weg weiterzuverfolgen - der EU beitreten würde."

Gollmer plädiert für einen Beitritt

Sein Schlüsselargument: Nur der Beitritt würde gewährleisten, dass die Schweiz ein echtes Mitspracherecht erhielte bei den europäischen Regeln, die zunehmend ihren Alltag bestimmen. Denn ein zentraler Punkt, so Gollmer, bleibe in der Debatte auffällig unterbelichtet: der Umstand, dass die Schweiz schon heute große Teile des EU-Rechts vertraglich übernehmen muss oder freiwillig übernimmt, weil die Nachteile des Abseitsstehens zu groß wären. Auf diese EU-Regeln hat die Schweiz jedoch wenig Einfluss. Oft läuft es faktisch nach dem Prinzip "friss oder stirb" - ein Zustand, der Gollmer zufolge bedenklich ist "für ein Land, das in seine Verfassung schreibt, die Unabhängigkeit wahren und stärken zu wollen".

Neben der sehr klaren These ist Gollmers großes Verdienst, dass er die Folgen eines schweizerischen EU-Beitritts mit allen Vor- und Nachteilen darlegt. Zwar haben das vor ihm schon andere gemacht, etwa der Zürcher Juraprofessor Matthias Oesch, doch Gollmers Buch ist für ein breites Publikum gedacht und dürfte deshalb ein Gewinn für die europapolitischen Debatten im Land sein. Der Objektivitätsanspruch des Autors führt zwar dazu, dass man am Ende nicht gänzlich überzeugt ist von seiner Position. Dafür begreift man

Artikel:

vollends: Es wird für die Schweiz, diese sonderbare Insel in Europa, keinen bequemen Weg geben. Sie könnte sich also genauso gut dafür entscheiden, die Flucht nach vorn anzutreten und sich dem Club ihrer engsten Verbündeten anzuschließen.

SZ